

**Protokollauszug für:**

FB	Name	Vermerk
20	Rokahr, Bernd	zur Erledigung
20	Monscheidt, Norbert	zur Erledigung
20	Warkus, Simone	zur Kenntnis
10	Kochjohann, Elisabeth	zur Erledigung

## AUSZUG

aus der öffentlichen Niederschrift der 8. Sitzung des Hauptausschusses vom 17.08.2015

### **6.2 Antrag auf Erlass einer "Nachhaltigkeitssatzung" als Verschuldungsbremse in der Stadt Gütersloh -DS-NR.: 221/2015-**

**Herr Rosenthal** erläutert, der Antrag sei von der Zielsetzung richtig. Bestimmte Dinge seien nicht kommunal zu lösen. In Gütersloh gebe es ein Eckpunktepapier. Der Grad der Verbindlichkeit sei jedoch nicht so gewesen, wie von den Autoren gedacht. Haushalte mit Schuldenabbau seien nicht möglich gewesen. In vielen Kommunen gebe es solche Satzungen schon. Es mache Sinn, über Satzungen dieser Art nachzudenken. Er empfiehlt, den Antrag zunächst zur Beratung an den Finanzausschuss zu verweisen.

**Her Kollmeyer** schließt sich dem Vorschlag an. Eine Debatte im Finanzausschuss sei erforderlich. Er warnt vor einem Automatismus für Steuererhöhungen.

**Herr Ostermann** und **Herr Morkes** schließen sich ebenfalls Herrn Rosenthal an.

**Herr Kalley** hält eine Nachhaltigkeitssatzung nicht für erforderlich. Voraussetzung dafür sei, dass zunächst durch externe Berater eine Bestandsaufnahme gemacht werden müsse. Das sei bei der Stadt Gütersloh bereits ohne Ergebnis gemacht worden.

**Frau Lang** begrüßt es, die Debatte im Finanzausschuss zu führen. 2012 seien schon ähnliche Beschlüsse gefasst worden. Damals sei kein Schuldenabbau beschlossen worden, sondern das Ziel sei gewesen, dass die Schulden nicht weiter ansteigen. Durch die gute Konjunktur habe der Schuldenstand jedoch um 30.000.000 € reduziert werden können. Ein neuer Grundsatzbeschluss sei zweitrangig. Wichtig sei, dass er auf die Stadt Gütersloh zugeschnitten formuliert werde, und dass sich alle daran halten. Auf der Basis einer Verwaltungsvorlage zu diskutieren, sei der richtige Weg. Den Automatismus Steuererhöhungen sehe sie kritisch. Für Gütersloh könne sie sich so etwas nicht vorstellen. Freiwillige Haushaltskonsolidierung sei der 1. Schritt.

**Frau Unger** stellt fest, der Beschlussvorschlag ändere sich wie folgt:

„Die Eingabe wird zur Vorberatung an den Finanzausschuss und zur abschließenden Entscheidung an den Rat verwiesen.“

#### **Beschluss:**

Die Eingabe wird zur Vorberatung an den Finanzausschuss und zur abschließenden Entscheidung an den Rat verwiesen.

Ergebnis:  
Einstimmig beschlossen.

gez. Unterschriften